

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbesitzer hat in allen Staaten es giltig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 15 600. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreifaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewehrung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 29. Juni 1928

Nummer 150

## Die Panzerkreuzer-Koalition

Das Kabinett endlich zusammengeschoben / Die Regierung der „Köpfe“ / Vollständiger Sieg des Trustkapitals  
Der „Vorwärts“ bereitet die Bürgerblockpolitik vor

### Streifabwürger Wiffell Arbeitsminister

Gestern ist der Regierungshandel endlich zum Abschluß gekommen. Die Deutsche Volkspartei hat einen endgültigen Sieg davongetragen. Das Zentrum, das noch bis zuletzt starke Schwierigkeiten machte, hat in letzter Minute kapituliert. Die Führung der Volkspartei in dieser Regierung ist damit offenkundig dokumentiert. Der Vorstoß der Volkspartei gegen Wirth zeigte, daß man nur absolut getreue Knappen des Kapitals zur Regierung zuläßt. Das neue Kabinett setzt sich zusammen aus Hermann Müller (SPD), Reichsminister; Severing (SPD), Innenminister; Stresemann (Deutsche Vp.), Außenminister; Groener (parteilos), Reichswaffenminister; v. Guérard (Zentrum), Verkehrsminister; Schädel (Vp.), Postminister; Dietrich (Demokrat), Ernährungsminister; Curtius (Deutsche Vp.), Wirtschaftsminister; Koch (Demokrat), Justizminister; Wiffell (SPD), Arbeitsminister; Hilferding (SPD), Finanzminister.

Die sozialdemokratischen Führer waren die eifrigsten und ergebensten Wegbereiter dieser Regierung des Trustkapitals. Hermann Müller führte die Befehle Stresemanns aus. Bezeichnend ist die Befehlsgewalt des Arbeitsministeriums durch den sozialdemokratischen Schlichter Wiffell. Um dieses Ministerium gab es lange Auseinandersetzungen. Die Volkspartei verlangte schon vorige Woche, daß dieses Ministerium, das die Verantwortung für die Abwägung der Arbeiterkämpfe übernehmen soll, von den Sozialdemokraten übernommen würde. Die Sozialdemokraten, die den Arbeitern vor der Wahl versprochen hatten, daß sie das Schlichtungswesen ändern werden, die aber ganz genau wissen, daß sie innerhalb dieser Regierung nur die Latzchen des Kapitals sind, weigerten sich solange wie möglich, dieses Ministerium zu übernehmen, weil sie dadurch sich zu offenkundig vor der Arbeiterschaft bloßstellen müßten. Noch am Sonnabend, als die Große Koalition geschlossen war, schrieb Böchel in der Chemnitzer Volksstimme über diesen Schwager um das Arbeitsministerium:

„Dieser Stein wurde auf dem Schachbrett dauernd hin- und hergeschoben, und jede Partei versuchte, ihn loszuwerden. Dabei kann eine Partei, die genügend Geduld hinter sich hat, mit diesem Posten außerordentlich starken Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit auf das Schicksal der Massen ausüben. . . . So muß dieser Staatsminister stets im Brennpunkt heißer Aufmerksamkeit stehen, denn sein Spruch hängt unmittelbar mit den Interessen der Klassen zusammen. Eingeflemt zwischen Arbeiter und Unternehmer muß er in jeder Handlung das wahre Gesicht der Regierung zeigen, ob sie unternehmer- oder arbeitertreudisch ist.“

Mit diesem Ministerium könnte dann doch die Sozialdemokratische Partei ihre Wahlversprechungen wahr machen. Sie erhielt durch das Arbeitsministerium doch nach der Volkstimme eine besonders starke Position. Böchel schreibt weiter:

„Und diesen Posten, von dem aus man in das ganze kapitalistische Getriebe eingreifen und die Staatsmacht gegen Unternehmervillkür aufmarschieren lassen könnte, wollten die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratischen Partei zuschanzen.“

Die Sozialdemokraten, die also vor den Wahlen so große Versprechungen gemacht hatten, denen man jetzt eines der wesentlichsten Ministerien anbot, erklärten, daß dies eine Zulassung an die SPD wäre, das bedeutet also, daß die Sozialdemokraten ihre Wahlversprechung mit der bewährten Absicht des Arbeiterbetriebs gemacht haben. Die Volkstimme schreibt deswegen auch weiter:

„Und sie wußten: der Wert der Regierung der Großen Koalition wird von den breiten Massen mit dem harten Maßstab ihrer wirtschaftlichen Existenz gemessen. Mit welcher Ironie hätten die Unternehmer und ihre Organe auf den sozialistischen Arbeitsminister hingewiesen, wenn er Schiedssprüche gegen die Arbeiter verbindlich erklären müßte. Mit jedem Wirtschaftskampf und mit jedem faulen Schiedsspruch wäre das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie untergraben und damit bei den nächsten Wahlen ein neuer Sieg der Bourgeoisie vorbereitet worden.“

Die sozialdemokratischen Führer wissen also selber, daß sie in der Regierung der Bürgerlichen die Politik des Trustkapitals machen müssen. Böchel schrieb seinen Artikel, als er glaubte, daß die Große Koalition geschlossen sei. Er schrieb: „Der Spul ist vorbei.“ Jetzt gehen aber wieder dieselben Gespenster um. Das Kabinett der „Köpfe“ hat als Arbeitsminister den Sozialdemokraten Wiffell. Dieser Sozialdemokrat wird also die Schiedssprüche für verbindlich erklären müssen. Er wird zeigen müssen, daß die Wahl der SPD keine Veränderung des Schlichtungswesens

bringt. Im Gegenteil. Die Volkspartei diktiert eine schärfere Handhabung der Schlichtungsprozedur. So schreibt heute der Dresdner Anzeiger: „So wird die sozialistisch orientierte neue Regierung im Arbeitsbereich des Herrn Wiffell wahrlich nicht verschleierte Premien ansetzen.“ Und der Vorwärts beugt vor und macht den Arbeitern plausibel, daß man von sozialdemokratischen Ministern und von der Regierung nichts unmögliches verlangen darf. Der Vorwärts schreibt unter anderem: „Wenn trotzdem Erfolg und Dauer der neuen Regierung nicht ohne weiteres gesichert erscheinen, so liegt das sicher nicht an der Unzulänglichkeit der Persönlichkeiten. Die Schwere der Klassengegensätze, die Zerissenheit des deutschen Parteilebens bilden für sie eine Gefahr. . . . Der sozialdemokratische Reichsminister und die drei anderen Parteigenossen im Kabinett können den bürgerlichen Ministern nicht den Willen der Sozialdemokratie aufzwingen, Erfolge im Sinne unseres Programms

können nur auf dem Wege der Verständigung gewonnen werden. . . . In dieser unbehaglichen Tatsache können keine kommunistische Phrasen nichts ändern. Wir können nichts an der Tatsache ändern, daß wir in einer kapitalistischen Welt leben, deren innere Geleise auch ein sozialdemokratischer Arbeitsminister nicht aufheben kann.“ (!!)

Das ist der „Erfolg“, der von den sozialdemokratischen Verprechungen übrig geblieben.

Die Arbeiter müssen gegen dieses Kabinett den härtesten Kampf führen. Man gilt es für die revolutionäre Partei des Proletariats für die KPD, die breitesten außerparlamentarische Massenmobilisierung durchzuführen um die Forderungen der Arbeiter, um den Sturz dieser Regierung. Es heißt die Kräfte zusammenzufassen. Jede Tat dieser Regierung wird sie vor den Massen entlarven. Jede Tat wird geeignet sein, Illusionen auf Erfolge für die Arbeiter im Zusammengehen mit den Kapitalisten, zu zerstören. Somit erwacht für uns die Aufgabe, im Kampf gegen diese Regierung und ihre Taten, die Massen zu sammeln für den Klassenkampf.

### Die Genbung Hermann Müllers von Gnaden der Volkspartei

Es ist vollbracht! Hermann Müller „hat es geschafft“. Die Reichsregierung ist glücklich zusammengeschoben. Nach 16 Tagen des widerwärtigen und ausweichendsten Handels um Positionen und Posten, der die bürgerlichen Fraktionen in Claque und Sonderinteressengruppen gespalten zeigte, legte das höchste Klasseninteresse des Trustkapitals: Ihre führende Partei, die Deutsche Volkspartei, erzwang gegen alle Widerstände eine Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokratie die „Führung“, die Verantwortung vor den Massen und die das unbeschränkte Kommando hat. Sie erzwang diese Koalitionsregierung, weil es nach der Wahl vom 20. Mai keine bessere Lösung der Regierungsfrage gab für das Trustkapital, als wenigstens für einige Zeit eine Koalitionsregierung.

Denn das ist die politische Grundtatsache, die zum Kabinett der „Personalitäten“, die keine sind, geführt hat: gegenwärtig nach dem Linksabstieg, nach der Schmälerung der Massenbasis aller bürgerlichen Parteien, nach dem katastrophalen Wahlerfolg der deutschnationalen Kapitalisten- und Junkerpartei, nach der Erschütterung des Zentrums, nach der außerordentlichen zahlenmäßigen Stärkung der Reformisten muß für eine längere Epoche die Großbourgeoisie mit der Sozialdemokratie regieren. Das Trustkapital kann dabei sich stärker als jemals zuvor auf ihre führende Partei gegenüber den anderen bürgerlichen Fraktionen stützen.

Kennzeichnend für die Epoche, in der der Bürgerblock regierte war die Einschränkung der Hegemonie der Volkspartei durch das Zentrum, die notwendige Befestigung der Regierung mit den Deutschnationalen, zu deren Diskreditierung. Aber unvermeidlich in gewissem Umfange auch verbunden damit zur Diskreditierung der ganzen bürgerlichen Front.

### Das Kabinett der Kompromiß-Köpfe

Da hätten wir nun das Konsortium . . .  
Nicht schütteln! Sonst geht's in die Brüche.  
Viele Köpfe rühr'n in der Tunde rum,  
Dieser ärmtlichen Mittelstandsfische;  
Man mannt zusammen mit viel Geschrei  
Einen widerigen Kompromiß-Brei  
Das ganze riecht äuerlich fade  
Nach ranziger Wärmelade.

Wer keinen Panzerkreuzer mehr will,  
Bitte 1 seine Stimme geben!  
So könnt' ins Ohr uns das Gebrüll  
Der Stämpfer und Höring und Vöbe,  
Jetzt ist vergessen das grimmige Getöse,  
Jetzt werden sie Stimmen für Kreuzer B  
Und verweigern auf höhere Weisung  
Die Mittel für Kinderpeinung.

Der Brauns, den sie kändig madig gemacht,  
Vor dem vollführt Müller jetzt Krüge . . .  
Alle brühigen Stellen poliert man jetzt  
Mit prima Kuhhandels-Wische.  
Was schiere sie der Kompromißgestank??  
Die Fassade glänzt, und blühtblank  
Das neue Firmenbild schillert . . .  
Ueberrückst: es wird weiter gemüllert.

Kajmit Sublime.

Jetzt, wo die Deutschnationalen ausgeschaltet sind, das Zentrum weit zurückgedrängt ist — wie weit, das kam in seinen Zusagen anlässlich der letzten Phasen der Regierungsbildung zum Ausdruck — übernimmt die Volkspartei (sobwohl auch sie zu den Verliererpartei der Wahl vom 20. Mai gehört) mächtiger als je die Vertretung der Interessen des Trustkapitals und das fast uneingeschränkte Kommando der Innen- und Außenpolitik des Trustkapitals.

Auf ihre Initiative erfolgte die „Betrachtung“ Hermann Müllers mit der Regierungsbildung. Auf ihre Initiative erfolgte die Sprengung der ersten gescheiterten Koalitionsbasis durch die kombinierte Aktion der „feindlichen Brüder“ Scholz und Stresemann. Diese Sprengung erfolgte weit weniger, um der Sozialdemokratie einige Protestvoortriebe zu entwinden, sondern — und das hat wieder der Abschluß der Regierungsbildung gezeigt — weil die Position des Zentrums, gestützt auf die sozialdemokratischen Regierungsnöte, in den kulturellen und konfessionellen Sonderinteressen zu stark gewesen wäre.

Am Widerstand der Volkspartei scheiterte ein geschicktes Manöver der ihr am nächsten stehenden Kreise des rechten Zentrums unter Egerwald, die mit ihrer demagogischen Kandidatur des „linken“ Wirth noch im letzten Augenblick den Abschluß der Koalition, die zu wenig den Zentrumsinteressen entsprach, verhindern wollte.

Die Sozialdemokratie erhält sogar eine Gelegenheit, ein paar Tage sich als „Sieger“ präsentieren zu dürfen. Um so schlimmer für die eitle Prahlerei, wenn schon nach kürzester Zeit sich herausstellen muß, wer in der Regierung Hermann Müllers „führt“ und wer kommandiert!

Wohin die Reise geht, das zeigten die Verhandlungen über das Programm der neuen „Links“-Regierung, und das zeigten die Stimmen der sozialdemokratischen Presse.

„Der Panzerkreuzer wird gebaut“, schrieb die Deutsche Allgemeine Zeitung, und so wird es auch geschehen. Die Sozialdemokraten werden die volle Verantwortung auch im Arbeitsministerium übernehmen — so schrieb die Kölnische Zeitung — und so ist es bereits geschehen. Die unbehaglichen parlamentarischen Verhandlungen sind ausgetrieben, erklärte die führende sozialistische Presse, die Fraktionen sind ausgeschaltet worden. Die Preußenkoalition ist auf die Volkspartei zu erweitern, verlangte das Trustkapital, und in einer bestimmten Phase der Verhandlungen war die Sozialdemokratie selbstverständlich bereit, im Juli, aber spätestens im Herbst dem Befehl zu folgen. Die Reichswehr bleibt unangeroastet, kommandieren die sozialdemokratischen Imperialistenführer. Herr Wirth wird weder Reichsminister noch führender politischer Minister, verlängerte die Volkspartei; Herr Wirth, von seinen eigenen Parteifreunden von rechts aufgefressen, erlitt einen Zusammenbruch, die Einsicht übermannte ihn, und er blieb überhaupt vom Spiel.

Alles das zeigte schon der Anbahnungsunterricht der historischen 16 Tage des größten Kuhhandels der republikanischen deutschen Geschichte. Alles weitere kann man sich leicht ausmalen nach dem Beschluß der Fraktion der Deutschen Volkspartei, in dem es heißt:

„Die Fraktion will . . . gegen eine Beteiligung ihrer früheren bisherigen Minister an einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwände erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- oder Mißtrauensnoten dadurch in keiner Weise ge-